

Ungleicher Anteil

Ein Blick aus dem globalen Süden auf Klimagerechtigkeit

Während die Länder des Globalen Nordens überwiegend zu den Hauptverursachern des Klimawandels zählen, treffen dessen Auswirkungen vor allem den Globalen Süden. Zu den historischen Ungerechtigkeiten kommt hinzu, dass in den vergangenen Jahrzehnten viele Unternehmen des Nordens ihre Produktion und somit auch die ökologische Zerstörung in die Länder des Südens verlagert haben. Klimagerecht wäre eine Politik, die die Standpunkte marginalisierter Menschen im Globalen Süden vertritt.

Von Taha Zeinali

Am 21. Januar dieses Jahres fiel ein trauriger Rekord. Laut der Wetter- und Ozeanografie-Behörde der Vereinigten Staaten betrug der mittlere Tageswert an CO₂ in der Atmosphäre an diesem Tag 415,79 ppm (Teile pro Million). Niemals zuvor war ein höherer Wert gemessen worden. Die Zahl ist nur ein zusätzlicher Hinweis darauf, wie fortgeschritten die Klimakrise bereits ist. Wissenschaftler*innen sind sich fast alle darüber einig, dass menschliche Aktivitäten seit der industriellen Revolution den Klimawandel verursacht haben.

Zu den Haupttreibern gehören neue Produktionsformen, die verstärkte Nutzung fossiler Brennstoffe sowie die rasche Ausweitung von Transport und Konsum. Einige Wissenschaftler*innen halten die Behauptung, die Krise sei von „menschlichen Gesellschaften“ als Ganzes und von allen Menschen gleichermaßen verursacht worden, allerdings für irreführend. Sie sehen den Klimawandel vielmehr als Folge spezifischer sozialer Beziehungen an, die seit Jahrhunderten die menschlichen Gesellschaften beherrschen. Aufgrund des ungerechten und ungleichen Zugangs zu Wohlstand und Macht haben die Menschen auch unterschiedlichen Anteil an der ökologischen Krise.

Nicht die Hauptschuld

Dass die Verantwortung für den Klimawandel so ungleich verteilt ist, hängt vor allem damit zusammen, wie wir unsere Lebensmittel und Waren herstellen. Das Wirtschaftssystem basiert in den meisten Gesellschaften weltweit auf Profitmaximierung. Das heißt, dass es in diesen marktregulierten Volkswirtschaften nicht der demokratische, gesellschaftliche Wille ist, der darüber entscheidet, was und wie wir produzieren, verbrauchen und wie wir Arbeitskraft sowie begrenzte Ressourcen zuweisen.

Wer hat einen tatsächlichen Einfluss auf die Menge an Kohle und Öl, die wir aus der Erde fördern? Wer kann in Wirklichkeit entscheiden, welche Fabriken stillgelegt oder eröffnet werden sollen? CEOs von Siemens und Shell oder deren Arbeiter*innen, die für einen Mindestlohn mehrere Stunden am Tag baggern oder fahren? Die Verantwortung der herrschenden Klassen und Eliten für die ökologische Krise ist offensichtlich deutlich höher als die der herrschenden Klassen und Randgruppen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt liegt in der globalen Dimension. Länder im Globalen Norden haben beispielsweise einen viel größeren Anteil an der historischen Entwicklung der CO₂-Emissionen als Länder im Süden. Zum Beispiel fällt der Pro-Kopf-Ausstoß zwischen 1850 und 2008 in Großbritannien um dreizehn Mal höher aus als in China, das sich nach und nach zur globalen Fabrik gewandelt hat. Die historische Rolle unterschiedlicher Länder bei der Emission von Treibhausgasen in den letzten zwei Jahrhunderten zeigt, dass die reichen Länder für die aktuellen ökologischen Probleme deutlich mehr Verantwortung tragen.

Darüber hinaus besteht seit langem ein historisch ungleicher materieller Austausch zwischen Globalem Norden und Süden. Die dominierenden sozialen Gruppen im Norden haben seit mehreren Jahrhunderten den Boden, das Wasser und die Menschen in Afrika, Lateinamerika und Asien ausgebeutet. Auf andere Art und Weise tun sie dies bis heute mittels wirtschaftlicher Strukturen. Wenn wir uns die Weltkarten für Strom-, Wasser- und Fleischverbrauch, Anzahl der Fahrzeuge oder Nahrungsaufnahme pro Kopf anschauen, sehen wir eine große Kluft zwischen Nord und Süd.

In Bezug auf die ökologische Krise zeigt sich die ungleiche Macht der Länder auch in den internationalen Institutionen, die sich mit der Umwelt beschäftigen. Die Länder mit größerer politischer und militärischer Macht, die sich größtenteils im Norden befinden, verfügen über unverhältnismäßig mehr Einfluss bei der Entscheidungsfindung und dem Krisenmanagement in den internationalen Umweltregimen.

Auslagerung der Zerstörung

Vor bald drei Jahren verkündete US-Präsident Donald Trump, sein Land werde sich aus dem Pariser Abkommen zurückziehen. Dieses rechtsverbindliche Vertragswerk ist das Ergebnis langer Verhandlungsprozesse und sollte der wirksamste internationale Versuch

sein, den Temperaturanstieg langfristig auf unter zwei Grad Celsius einzudämmen. Der Austritt brachte den USA jedoch keine Strafen oder Sanktionen. Unter dem Gesichtspunkt der Klimagerechtigkeit betrachtet ist es ein schlechtes Zeichen, wenn sich einer der Hauptverursacher von Treibhausgasen ohne Konsequenzen aus der Affäre ziehen kann.

Denn den katastrophalen Folgen des Klimawandels sind nicht die industrialisierten Länder des Nordens, sondern jene Menschen am stärksten ausgesetzt, deren Länder für die Klimakrise weniger verantwortlich sind. Meist handelt es sich dabei um Länder im Süden mit geringem Zugang zu finanziellen und technologischen Ressourcen.

In den vergangenen 20 Jahren waren beispielsweise 337 Millionen Menschen in Afrika von Dürre, Überschwemmungen, extremen Temperaturen und Stürmen betroffen. Die Menschen in Afrika und Asien leiden aufgrund des Klimawandels bereits unter extremer Wasserknappheit und Ernährungsunsicherheit. Studien zeigen, dass Arme und Randgruppen am stärksten unter Katastrophen in diesen Regionen leiden. Für viele stellt der Verlust ihres Landes und ihrer Gemeinschaft infolge chronischer und akuter Klimaereignisse de facto eine Enteignung dar.

Zusätzlich zu der historisch geschaffenen Verwundbarkeit sehen sich die Länder des globalen Südens neuen Formen des ungleichen Austauschs gegenüber. Viele Unternehmen haben in den letzten drei Jahrzehnten Kapital und industrielle Produktion in die Länder des Südens verlagert, wo die Löhne niedriger, natürliche Ressourcen billiger und Arbeits- sowie Umweltstandards weniger reguliert sind.

Die Unternehmen haben somit auch die ökologische Zerstörung des Nordens in den Süden ausgelagert. Die schlimmste Umweltverschmutzung findet historisch gesehen meist dort statt, wo arme und marginalisierte Menschen leben. Im Zeitalter der Transnationalisierung des Produktionsprozesses leiden verarmte soziale Gruppen und Gemeinschaften im Süden unter den ökologischen Folgen des Wachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung im Norden. Hinzu kommt der Transport von Abfällen vom Norden in den Süden. Die fünf größten Exportländer von Kunststoffabfällen waren 2018 die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien und Belgien. Die Empfänger dieser Plastikabfälle sind Länder mit einem schlechten Abfallmanagement wie Malaysia oder Indonesien.

Klimagerecht ist eine Perspektive, die die Klimakrise als eine soziale und politische Krise begreift, die tief mit Machtverhältnissen und systemischen Ungleichheits- und Ungerechtigkeitsstrukturen auf globaler, nationaler und lokaler Ebene verflochten ist. Aus dieser Perspektive heraus brauchen wir zur Bewältigung der Krise eine Klimapolitik, die Standpunkte marginalisierter Menschen im globalen Süden vertritt, die weniger verantwortlich, aber anfälliger für die Krise sind. Klimagerechtigkeit ist daher ein politischer Ansatz, der potenziell alle Kämpfe gegen Ungerechtigkeit und Herrschaftsbeziehungen einschließt, um die Klimakrise zu überwinden und ökologisch nachhaltigere und gerechtere Gesellschaften zu schaffen.

Dazu gehört auch ein Blick auf das Thema Migration. Es gilt anzuerkennen, dass viele Geflüchtete ihre Heimat deshalb verlassen, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht gewährleisten können. Dies ist häufig auf unzureichenden Zugang zu Wasser, den Zusammenbruch der Nahrungsmittelsysteme und die Verschlechterung der klimatischen Bedingungen zurückzuführen. Der Ansatz der Klimagerechtigkeit betrachtet das Recht der Geflüchteten auf Bewegung als Teil einer Klimapolitik, die den rassistischen Diskursen und politischen Kräften entgegenwirken muss, die im globalen Norden an Macht gewinnen.



Aus dem Englischen von Tobias Lambert.

Taha Zeinali ist ein politischer Aktivist aus Iran. Zurzeit absolviert er einen Master in "Global Political Economy and Development" an der Universität Kassel.

Der Artikel erschien erstmals im Südlink Nr. 191 im März 2020. Wir danken dem Autoren und dem INKOTA-netzwerk für die freundliche Abdruckgenehmigung.